



**An die Mitglieder des
Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben
und Dölau, Heide-Nord, Lettin**

Halle (Saale), 31. Mai 2023

Sehr geehrte Mitglieder,

herzlich Willkommen zurück zu meinem Newsletter. In dieser Woche findet die 21. Sitzungsperiode statt. Es stehen diesmal wieder 29 Tagespunkte auf der Agenda. Hier ein kleiner Einblick:

1. „Gescheiterter „Flüchtlingsgipfel“ – Zeugnis einer völlig verfehlten Verschwendungspolitik zulasten unserer Gesellschaft“

Einbringer der aktuellen Debatte ist die Fraktion der AfD. Anhand der Haushaltsbelege der Landkreise von 2023 konnte festgestellt werden, dass Sachsen-Anhalts Landkreise, die kreisfreien Städte und Kommunen vor gewaltigen finanziellen Herausforderungen stehen. Beim „Bund-Länder-Treffen“ in Berlin, welcher am 10. Mai d. J. stattfand, lehnten allerdings der Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) ein dynamisches Finanzierungssystem zur Abfederung der steigenden Einwanderungskosten in Ländern und Kommunen ab. Es soll in der aktuellen Debatte vorrangig darum gehen, welche Konsequenzen aus dem gescheiterten „Flüchtlingsgipfel“ für unsere Einwanderungspolitik zu ziehen sind und wie diese angepasst werden müsste.

2. „Wirksame Präventionsangebote vermeiden Jugenddelinquenz“

Antragsteller ist die Fraktion DIE LINKE. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für die Ausgestaltung wirksamer präventiver Maßnahmen zur Vorbeugung von Jugenddelinquenz einzusetzen. Zudem wird die Landesregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass ähnlich dem „Neuköllner Modell“ auch in Sachsen-Anhalt ein Konzept entwickelt wird, um jugendliche Straftäter und Straftäterinnen schneller sanktionieren zu können und weiteren folgenden Straftaten präventiv entgegenzuwirken. Außerdem wird die Landesregierung gebeten, die Etablierung einer Modelleinrichtung „Strafvollzug in freien Formen“ zu prüfen, die über den allgemeinen offenen Vollzug hinausgeht.

3. „Biogaserzeugung in Sachsen-Anhalt fördern“

Antragsteller sind die Koalitionsfraktionen CDU, SPD und FDP. Die Landesregierung wird unter anderem gebeten, zu prüfen, wie Betreiber beim Umstieg auf Einsatzstoffe, die in keiner Flächenkonkurrenz zur Nahrungs- und Futtermittelindustrie stehen, sowie Betreiber bestehender Biogasanlagen beim Umbau zu flexibler Produktion unterstützt werden können. Außerdem wird darum gebeten sich gegenüber der Bundesregierung bzw. im Bundesrat einzusetzen für unter anderem deutliche Verbesserungen der regulatorischen Rahmenbedingungen zur Stärkung der Flexibilisierung der Biogasverstromung.

4. „Für die Schule von morgen: Die Lehramtsausbildung in Sachsen-Anhalt neu strukturieren“

Die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Landesregierung dazu auf die beiden Zentren für Lehrkräftebildung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg zu ersuchen, somit die Möglichkeiten der Einführung einer schulstufenbezogenen Lehramtsausbildung an beiden Universitäten zu prüfen, sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit an den Universitäten Sachsen-Anhalts eine stufenbezogene Lehramtsausbildung anstelle des schulformbezogenen Lehramtsstudiums stattfinden kann.

5. „Rechtsprechung nahe an den Bürgerinnen und Bürgern – ehrenamtliche Richterinnen und Richter in Sachsen-Anhalt unterstützen“

Antragsteller sind die Koalitionsfraktionen CDU, SPD und FDP. Die Landesregierung wird gebeten mit dem Haushaltsjahr 2024 Fortbildungsmaßnahmen für neu in das Amt berufene ehrenamtliche Richterinnen und Richter zu schaffen und eine jährliche Ehrungsveranstaltung für die seit mindestens zwei Amtsperioden tätigen sowie aus dem Amt ausscheidenden ehrenamtlichen Richterinnen und Richter zu etablieren.

Wie üblich melde ich mich mit den Ergebnissen der Plenarsitzung bei Ihnen. Bis dahin!

Herzliche Grüße, Ihr



Christian Albrecht MdL

Vorsitzender des Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben